

Antrag

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

Kommunen stärken, Bürger entlasten – 300 Millionen Euro für den KFA und Abschaffung der StraÙenausbaubeiträge

Der Landtag stellt fest:

Die rheinland-pfälzischen Kommunen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinen Urteilen aus den Jahren 2012 und 2020 festgestellt, dass der Kommunale Finanzausgleich – in seiner derzeitigen Form – verfassungswidrig ist. Auch wenn im Rahmen des aktuellen Urteils darauf verwiesen wird, dass nicht die Höhe des Kommunalen Finanzausgleichs, sondern seine Ausgestaltung berichtigt werden muss, ist vielen Amtsträgern in den Kommunen klar, dass sie schlicht nicht genügend Mittel erhalten, um ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Die von den FREIEN WÄHLERN geforderte und jetzt in der Umsetzung begriffene Altschuldenlösung wird ausdrücklich begrüÙt und unterstützt. Die landesseitige Übernahme von Kassenkrediten in Höhe von ca. 3 Milliarden Euro entlastet die Kommunen und trägt zu ihrer Handlungsfähigkeit bei. Jedoch muss auch die Ursache der erstmaligen Entstehung der Schulden klar benannt werden. Dem Kommunalen Finanzausgleich fehlen jährlich 300 Millionen Euro. Dieses Geld steht den Kommunen allein deswegen zu, weil das Konnexitätsprinzip in vielen Bereichen ausgehebelt wurde und die Kommunen die finanzielle Last vieler vom Land angestoßener Maßnahmen alleine tragen.

Um aber auch die Bürger zu entlasten, muss bei den StraÙenausbaubeiträgen dem Beispiel anderer Länder gefolgt werden. Die StraÙenausbaubeiträge sind abzuschaffen. Hierdurch fällt eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen weg. Kompensiert werden sie durch Landesmittel in entsprechender Höhe, um ihren vielfältigen Aufgaben im StraÙenausbau weiterhin nachkommen zu können.

Dieses Paket für Kommunen und Bürger ist überfällig sowie zeitnah umzusetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Die Schlüsselzuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs jährlich um 300 Millionen Euro zu erhöhen;
- Die StraÙenausbaubeiträge abzuschaffen und den Kommunen landesseitig Mittel in entsprechender Höhe zur Verfügung zu stellen.

Für die Fraktion
Stephan Wefelscheid